

Ministerin: Strengere Finanzregeln für die Kommunen

Tanja Gönner kritisiert Cross-Border-Leasing – Wasserversorger tagen heute – „Zeche zahlt am Ende der Gebührenzahler“

SINDELFINGEN/STUTTGART. Die Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) findet die Geschäfte von Kommunen und Verbänden mit Cross-Border-Leasing fragwürdig. Als erstes Kabinettsmitglied fordert sie strengere Finanzregeln für Städte und Gemeinden.

Von Wolfgang Messner

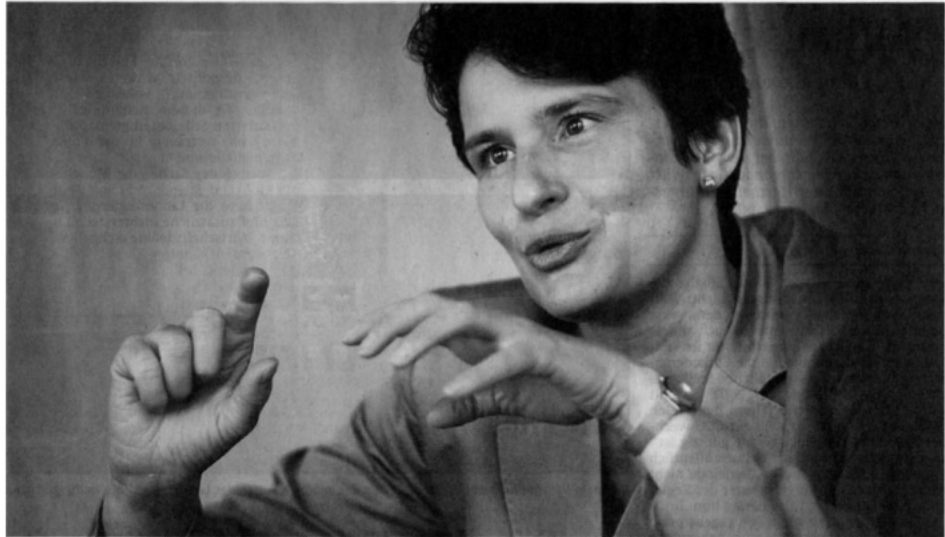
Die riskanten Geschäfte mit Cross-Border-Leasing rufen in Baden-Württemberg die Regierungskoalition wach. Als erstes Kabinettsmitglied fordert baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) für Städte, Gemeinden und ihre kommunalen Zweckverbände strengere Regeln bei Finanzgeschäften. Manche Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung, Abwasserreinigung oder Müllentsorgung sollten besser in der Verantwortung der Kommunen bleiben. „Das sind Grundleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Die öffentlichen Träger müssen dieser Verantwortung durch Solidität und Verlässlichkeit gerecht werden“, sagte Umweltministerin Gönner gegenüber der Stuttgarter Zeitung. Die Privatisierung in diesen Aufgabenbereichen sehe sie „sehr zurückhaltend“. Gönner: „Am Ende, wenn etwas schief läuft, trifft es immer den Gebühren- und Steuerzahler.“

Nach Recherchen der StZ sind gegenwärtig in Baden-Württemberg 17 Kommunen und Zweckverbände in Cross-Border-Leasing-Geschäften mit einem Volumen von 5,2 Milliarden US-Dollar involviert. Bundesweit sollen sich rund 200 Städte und Gemeinden an den Scheingeschäften zulasten des US-Steuerzahlers beteiligen.

Gesamte Rücklagen in Gefahr

Besonders stark ist die Stadt Stuttgart engagiert, die Straßenbahnen, Klärwerke und das Abwasserkanalnetz über den großen Teich transferiert hat. Bekannt ist gegenwärtig, dass drei Geschäfte prekär geworden sind. Neben der Bodensee- und der Landeswasserversorgung ist das Müllheizkraftwerk Böblingen betroffen. Die Kommunen müssen den inzwischen teilverstaatlichten US-Versicherungsriese AIG als Vertragspartner ersetzen, weil dieser von den Ratingagenturen von „AAA“ auf „A-“ herabgestuft worden war. Dies kostet Böblingen 1,9 Millionen Euro. Die beiden Wasserversorger rechnen mit Kosten von bis zu 40 Millionen Euro – das ist die gesamte Rücklage der beiden Verbände.

Bis zum 12. Dezember müssen Bodensee- und Landeswasserversorgung neue Vertragspartner mit ähnlich guter Bonität wie AIG präsentieren, was angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise als sehr schwierig angesehen



Es sei schon sehr fragwürdig, wenn sich die öffentliche Hand Steuerschlupflöcher anderer Staaten zunutze mache, sagt die Ministerin. Foto Steinert

wird. Denn der Markt an hochbewerteten Banken ist inzwischen ziemlich überschaubar geworden. Die zweite Möglichkeit ist eine Bankgarantie, die für die Solidität der Versorger bürgt. Dritte und wahrscheinlichste Variante ist eine zusätzliche Absicherung des Geschäfts durch US-Staatsanleihen. Diese Dienstleistungen haben die beiden Versorger europaweit ausgeschrieben. Außerdem haben sie – unabhängig davon – beim US-Investor First Union Bank um eine Auflösung des Leasinggeschäfts nachgesucht. Auch diese Lösung dürfte sehr teuer werden. Die einst aufgrund des schnellen Geldes abgeschlossenen Cross-Border-Leasing-Geschäfte wirken sich schon jetzt negativ aus. So wird die Verschuldung bei der Landeswasserversorgung in diesem und im nächsten Jahr um 10,6 Millionen Euro ansteigen.

Wie teuer das Cross-Border-Leasing die beiden Wasserversorger tatsächlich kommt, entscheidet sich heute in der Stadthalle von Sindelfingen. Die Mitgliedervertreter – zumeist Bürgermeister – sollen in nichtöffentlichen Sitzungen die Lösungsvorschläge der Geschäftsführungen beschließen. Und dies in einem Eilverfahren, ohne sich dafür zuvor bei ihren Gemeinderäte die Erlaubnis geholt zu

haben. Da viele Mitgliedsgemeinden schon lange Cross-Border-Leasing kritisch sehen, rechnen Beobachter mit hitzigen Debatten.

Die Landeswasserversorgung hatte im Jahr 2001 ihre Infrastruktur für 688 Millionen US-Dollar an die First Union Bank übergeschrieben, ein Jahr später folgte an den gleichen Adressaten die Bodensee-Wasserversorgung für 841 Millionen US-Dollar. Dafür erlösten die Zweckverbände in dem Geschäft einen Barwertvorteil von 24,7 und 35 Millionen Euro. Das Geschäft lief bis zum Jahr 2004 zum Nachteil des US-Fiskus über die Steuer-oase des US-Bundesstaates Delaware. Dann schoben die US-Steuerbehörden einen Riegel vor. In Baden-Württemberg konnte das Innenministerium und der Landesrechnungshof, die sonst peinlich genau auf die Steuertreue ihrer Bürger achten, nichts Anstößiges an dem Finanzkonstrukt finden.

Kaum gelesene Verträge

Diese Haltung scheint sich nun zu ändern. „Es ist schon sehr fragwürdig, wenn sich die öffentliche Hand Steuerschlupflöcher anderer Staaten zunutze macht“, kritisiert Ministerin Gönner offen die Geschäfte. Auch

dass die Kommunen und Verbände in den hochkomplizierten und rechtlich schwierigen Verträgen von US-Anwaltsfirmen zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet worden seien, stößt der Ministerin auf. Es seien Verträge abgeschlossen worden, die einen sehr hohen Sachverstand voraussetzen, um in ihren Details verstanden zu werden, sagt Gönner. Es sind Verträge, die nach StZ-Recherchen kaum einer der Bürgermeister und Geschäftsführer je gelesen hat oder die er höchstens rudimentär kennt. Eine objektive Bewertung von Chancen und Risiken sei damit „äußerst schwierig“, meint die Ministerin. „Die Zeche zahlt am Ende der Gebührenzahler“, fürchtet Gönner – womöglich durch Erhöhung der Wasserpreise. Man müsse nach Wegen suchen, „um zu retten, was noch zu retten ist“. Wichtig sei es darüber hinaus für die Zukunft die notwendigen Lehren zu ziehen. „Es muss verhindert werden, dass sich solche Finanzabenteuer wiederholen.“ Dabei sei insbesondere die kommunale Finanzaufsicht gefordert. Im Umgang mit Geldern der Gebührenzahler müsse man Vorsicht walten lassen, mahnt Gönner. Sie erinnert an das „Prinzip der Mündelsicherheit“. Es sei „an der Zeit, sich darauf wieder zu besinnen.“